

**Herrn Minister Dr. Peter Altmaier**  
**Umweltministerium**  
Stresemannstrae 128 - 130  
10117 Berlin

**Betr.:** Energiewende



Rechtsminister Start für einen Hoffnungsstrahl: Umwelt-Aufsichtsratschef Bernd Wilmsart (von links), NRW-Landesminister Johannes Borens, Bundesumweltminister Peter Altmaier und Umwelt-Landesminister Sven Bode nehmen das virtuelle Brennstoffzellen-Kraftwerk in Betrieb. Foto: Heiko Luchmann

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Altmaier,

mit Dankbarkeit habe ich aus den Nachrichten erfahren, dass Sie als verantwortlicher Minister auch die Unsinnigkeit der auf Dauer angelegten Überförderung der regenerativen Energien nach dem EEG-Gesetz erkannt haben und dies nun endlich auch ändern wollen.

Umso unverständlicher scheint mir Ihre kürzlich zu lesende Willenserklärung an den unrealistischen Zielen der Energiewende festhalten zu wollen, denn die unrealistischen Zielsetzungen der Energiewende können für unser Land niemals Basis eines erfolgreichen Wirtschaftslebens werden, da Ihre bisherige Intention, sich zunehmend zum Schaden für die deutsche Wirtschaft auf dem Gebiet der Energieversorgung in Deutschland entwickelt. Dies wird deutlich durch die beschwörende Durchhalteparole zum Ziel der Energiewende:

**„Wir müssen den Menschen das Gefühl geben, dass die Energiewende auch ihr Projekt ist und dass sie davon profitieren“.**

Neben den Politikern sollte man wegen der Fachkompetenz und Verantwortlichkeit unserer Unternehmenslenker auch von diesen erwarten dürfen, dass auch unter Anerkennung des Primates der Politik eine nur dem Zeitgeist sich anbietende wirtschaftliche Fehlentwicklung nicht auch noch deren zustimmende Förderung findet. Leider ist das bislang weitgehend das Gegenteil der Fall.

Tatsache hierzu ist für den Energiesektor, dass mit jeder weiteren Windenergieanlage und mit jeder weiteren Photovoltaikanlage sowie mit jeder neuen Transportleitung die Strompreise nur deutlich ansteigen müssen - die Stromversorgung nicht sicherer, mit dem Wegfall der Kernkraftwerke auch nicht CO<sub>2</sub>-ärmer, sondern wieder CO<sub>2</sub>-reicher wird, und somit die von unserem verehrten Umweltminister angestrebte und geförderte Gefühlslage in Wahrheit eher den Interessen irgendwelcher Investoren und fast aller Politiker im Deutschen Bundestag - ausgenommen z.B. seinen CDU-Fraktionskollegen Vaatz und Fuchs - entgegenkommt, als den Interessen der biederen Stromverbraucher zu Hause an bezahlbare, oder der im globalen Wettbewerb stehenden Industrieunternehmen, an wettbewerbsfähige Strompreise.

Als Jurist müssen Sie verständlicher Weise vieles glauben, was auf öffentliche Förderungsmittel hoffende Vertreter neuer Innovationen auf dem Gebiet der Energiebedarfsdeckung oder Elektromobilität Ihnen - zum Teil als Erfolg versprechend - vorgegaukelt wird. Daher kann es auf Dauer keine erfolgreiche Energiepolitik werden, wenn Sie sich weitgehend dem Dialog mit ausgewiesenen wirklichen Fachleuten der Branche mit konkreter Berufserfahrung verschließen. Von Frau Dr. Merkel kann man als Physikerin schon eher persönliche Einsichten in naturwissenschaftliche Begrenzungen z.B. auf dem Gebiet der elektrischen Energiespeicher erwarten.

Auf der Energiekonferenz am 29.10.2004 im Hyatt-Hotel in Köln sagte die damalige CDU-Chefin Dr. Angela Merkel vor Managern der Deutschen Energiewirtschaft mit ihrem ureigenen Gespür für die normative Kraft gesellschaftlicher Fehlentwicklungen:

**"Auf die Dauer gibt es so viele Profiteure der Windenergie, dass Sie keine Mehrheiten mehr finden, um das noch einzuschränken".**

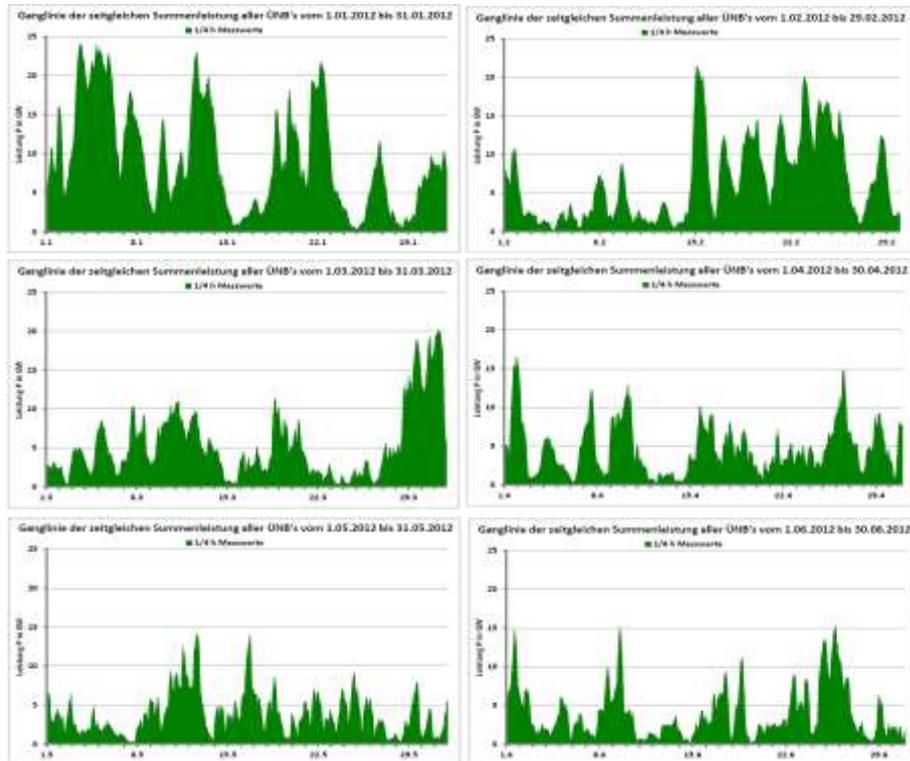
Genau das ist inzwischen eingetreten, so dass rationale Argumente der energiewirtschaftlichen Vernunft solange ungehört bleiben müssen, bis der Leidensdruck der Menschen, die den Strom schlussendlich bezahlen müssen, zu vernunftigem Handeln zwingt. Dieser Zustand wird nun mit zunehmender Dringlichkeit erreicht.

Es tut mir leid, die Dinge aus langjähriger Berufserfahrung in der Energieversorgungsbranche relativ offen angesprochen zu haben, bin mir aber sehr sicher, dass diese Einschätzung der Lage die breite Mehrheit der gesamten energietechnischen Fachwelt sehr gut abbildet. Selbst im VDE hat es bereits

erklärte Austritte von langjährigen fachlich hoch erfahrenen promovierten Mitgliedern gegeben, weil auch dieser Verband sich punktuell dem irrigen Zeitgeist faktenwidrig anbietet.

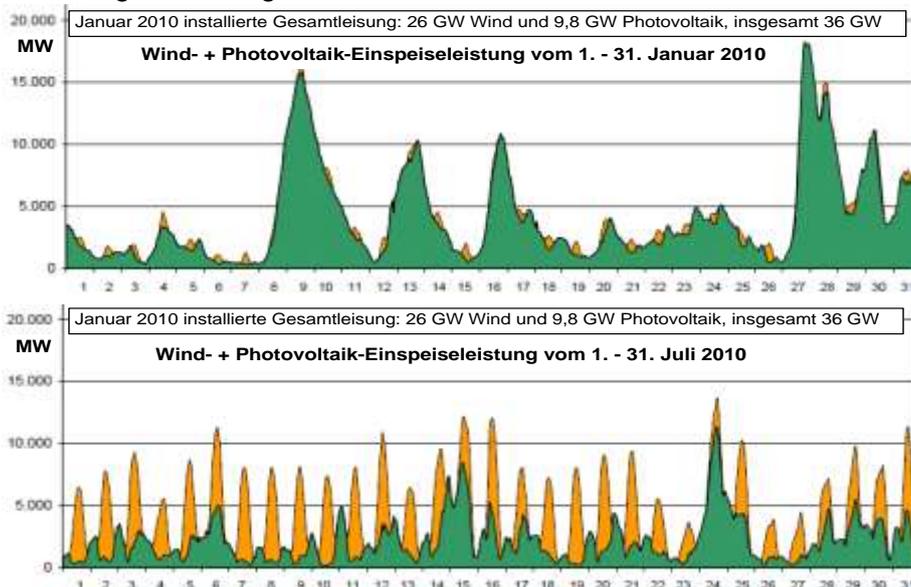
Die auf der neuen gesetzlichen Basis nun fortschreitende Umsetzung der Energiewende stößt zunehmend an die harten Tatsachen energietechnischer und energiewirtschaftlicher Gegebenheiten und Fakten hinsichtlich der Verfügbarkeit und der Kosten.

Die Verfügbarkeitsproblematik sei anhand der Leistungsganglinien der zeitgleichen Leistungseinspeisung in den ersten 6 Monaten 2012 aller Windenergieanlagen in Deutschland, die gesamte installierte Leistung betrug 29.185 MW bei 22.664 Anlagen, erläutert:



Auch wenn in Deutschland irgendwann die vierfache Zahl an Windanlagen installiert sein sollte, ist das Bild der Leistungsganglinie nicht wesentlich anders, nur ist dann der Ordinatemaßstab statt 25 GW auf 100 GW zu setzen. Die Nullstellen bleiben Nullstellen, denn eine beliebig große Zahl mal Null bleibt Null, eigentlich sollten das alle Politiker wissen.

Auch unter Hinzunahme der Einspeiseleistungen aus Photovoltaikanlagen, die weitgehend ins Niederspannungsnetz einspeisen, ändert sich die Leistungsbedarfsdeckung zur Winterzeit nur unerheblich, wie nachfolgende Ganglinien aus dem Jahr 2010 für den Monat Januar wohl deutlich zeigen:



Nur in sonnenreichen Sommermonaten ist die Leistungsbedarfdeckung am Tage weitgehend zu decken, aber auch nur an Tagen, an denen nicht Regenwolken die Sonnenstrahlen weitgehend absorbieren.

Der maximale Leistungsbedarf in Deutschland beträgt rd. 80 GW mit Schwankungsbreiten bis herunter zu rd. 40 GW in der Nacht bei Minimallast im Sommer. Diese 40 GW müssen aber rund um die Uhr ganzjährig zur Verfügung stehen. Dies hat zur Folge, dass aus einem Kraftwerksmix von derzeit rd. 50 GW Wind- plus Photovoltaikleistung, die Leistung der frequenzstützenden thermischen Kraftwerke in kurzen Zeitintervallen auf Null runter geregelt werden müsste, was aus technischen Stabilitätsgründen unmöglich ist und wirtschaftlich auch unvertretbar wäre. Die Stromerzeugungskosten werden von derzeit rd. 6 ct/kWh im Mix auf mindestens den dreifachen Wert ansteigen, zuzüglich der Kosten für den notwendigen Leitungsbau, bei unsicherer Stromversorgung.

Es ist höchste Zeit dass die in der politischer Verantwortung stehenden das endlich erkennen und die Energiewendeziele endlich revidieren, denn dieses ist in der Tat, wie Herr Vaatz MdB treffend sagt, ein "sinnloses Experiment", und obendrein auch noch extrem teuer.

Da die Wind- und Sonnenstromanbieter nur ungesicherte Lieferzusagen geben können, nämlich immer mit dem Vorbehalt: „wenn der Wind weht oder wenn die Sonne scheint“, war das „Aus“ für die Ökostromvermarktung im derzeitigen Börsenhandel bereits durch den unerreichbaren Arbeitspreis der konventionellen Stromerzeugung vorgegeben, man wollte es nur nicht wahr haben. Durch fluktuierende Einspeisungen werden eben keine Kraftwerke eingespart, sondern nur der Brennstoff in den ohnehin weiter notwendigen Kraftwerken. Im Falle der Braunkohle beträgt dieser unter 2 ct/kWh und im Falle der Kernenergie sogar unter 1 ct/kWh. Auch in 100 Jahren wird man, trotz beliebig vieler Anlagen und Kostendegression diese Wettbewerbspreise mit Wind- oder Photovoltaikanlagen nie erreichen können. Mittelfristig müssten die Back-up Kraftwerke für die fluktuativen Einspeisungen durch neu zu bauende Gaskraftwerke abgesichert dargestellt werden, deren Erdgasbedarf aus Russland importiert werden muss. Der zusätzliche Erdgasbedarf wird energetisch etwa dreimal so hoch sein wie die aus Wind- und Sonnenenergieanlagen generierte elektrische Energie und die Importpreise für den Erdgasbezug aus Russland zusätzlich in die Höhe treiben.

Das Problem mit Speicher zu lösen scheidet daran, dass bislang kein physikalisches Prinzip bekannt ist, nach dem man große Mengen elektrischer Energie bezahlbar speichern könnte. In einer solchen Situation nützen auch beliebig hohe Fördermittel nichts, man muss in der Anwendungsentwicklung schon wissen, was man will, andernfalls steht man erst bei der ergebnisoffenen Grundlagenforschung. Das zuzugeben, fällt auch manchen Forschern und Institutionen nicht leicht.

Wie wir bei der Elektromobilität schmerzlich erfahren, ist dies bei den Speichern weitgehend der Fall. Unsere verehrte Bundeskanzlerin hat daher diese Zielsetzung für 2020 klugerweise erst kürzlich von 1 Million auf 0,6 Millionen, also um 40 % reduziert. Aber auch dieses Ziel ist ohne Subvention wohl unerreichbar.

Die Energiewende ist, wie mir Herr Prof. C.C. von Weizsäcker schrieb, **ein Irrtumsweg in die Deindustrialisierung unseres Landes** und es ist daher im Sinne von Herrn Vaatz, MdB, **energie-wirtschaftlich unverantwortlich**, weiter daran festzuhalten. Auch die nun im Haushaltsplan der Bundesregierung vorgesehenen 260 neuen Planstellen, davon 180 bei der Bundesnetzagentur BNA, je 40 im BMWI und im BMU werden an den energiewirtschaftlichen Tatsachen nichts ändern können. Diese irgendwann wieder abzuschaffen, ist wohl auch nicht möglich, das System muss eher kollabieren.

Es fragt sich nur, wann die Einsicht zu einer realistischen Energiepolitik gereift sein wird.

Nach 50 jähriger Industrietätigkeit, davon 40 Jahre in verantwortlicher Weise in regionalen und überregionalen Unternehmen der Energiewirtschaft und nun noch weiter als Hochschullehrer glaube ich schon, die Machbarkeit derartiger Zielvorgaben fachlich sehr realistisch einschätzen und unserer akademischen Jugend wahrheitsgemäß zu vermitteln zu können.

Derzeit wird in den Medien der neue EEG Umlagesatz von 5,3 ct/kWh, entsprechend 6,3 ct/kWh incl. MWSt thematisiert. Erst vor wenigen Jahren verkündeten Herr Trittin und Frau Höhn die Mehrbelastung betrage 1 € im Monat, Tatsache ist, inzwischen sind daraus rd. 250 € pro Jahr geworden!

Am Rande sei vermerkt, das in den Medien und auch aus Ihrem Haus - entgegen der gesetzlichen Preisangabe-Verordnung - nur der Nettopreis und nicht der Bruttowert thematisiert wird.



Quelle: FTD vom 2.10.012

Für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe zum Wohle führender Industrieunternehmen in unserem Land und darüber hinaus, wünsche ich Ihnen - in aller gebotenen Demut vor dem Primat der Politik - stets eine glückliche Hand - Wunsch und bezahlbare Wirklichkeit trennscharf zu erkennen - und im Sinne hoher Energieeffizienz erfolgreich zu handeln, damit alle Bürger, einschließlich Hartz IV Empfänger, auch weiterhin auf eine bezahlbare Energieversorgung vertrauen dürfen.

Ich denke, dass unsere verehrte Bundeskanzlerin die offene Darlegung auch bitterer Wahrheiten und Begrenzungen eher schätzt, als anbietende Zustimmungsgesten, die dann nur durch massive Fördermittel zu Lasten der Steuerzahler eingehalten werden können. Es ist sicher nicht Ihre Art und auch nicht die Art unserer verehrten Bundeskanzlerin, nach dem Vorbild der „Grünen“ mit der Staatslimousine zu dem Termin anzureisen und erst an der Straßenecke, bevor die Presse die Anreisenden Politiker erfasst, sich in ein E-Mobil zu zwängen, um deren Einsatzfähigkeit pressewirksam zu beweisen, so wie das Herr Trittin kürzlich in Berlin praktizierte.

Der unbestechliche Konrad Adenauer im Rücken ihres Arbeitsplatzes wird ihr diese Souveränität schon einflüstern!

Sehr geehrter Herr Minister Altmaier, ich bin ebenso zuversichtlich, dass auch Sie bei den Wählern auf dem Pfad der Tugend und Wahrheit eine Höhere Akzeptanz erfahren werden, als mit Anbietungen an unrealistische Zielvorgaben.

In diesem Sinne verbleibe ich gerne,

mit freundlichen Grüßen,

*Ihr Helmut Alt*

Aristoteles (384-322 v.Chr.):

„Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.“

So sehen die Zeitgeistvisionäre unsere Energiewelt von morgen im deindustrialisierten Deutschland:



## Wie deutsche Manager zur Energiewende stehen, Quelle: wiwo 27.3.2012

In den Chefetagen der deutschen Wirtschaft entwickelt sich die Energiewende zum Glaubenskrieg. Was Konzernlenker und Mittelständler über den Atomausstieg denken und wo sie ihre Chancen sehen.



### **Peter Löscher, Siemens-Vorstandschef**

„Die Energiewende wird ein Erfolg. Wenn wir die passenden Antworten geben. Heute.“ Mit dieser Zeile warb der Siemens-Chef in ganzseitigen Anzeigen in großen deutschen Tageszeitungen für die Energiewende.

### **Martin Kannegiesser, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall**

„Die Energiewende, wie sie nach der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke vor zwei Jahren vorgezeichnet war, erschien plausibel, sachgerecht und ausgewogen. Mit der hastigen Wende nach Fukushima hatte und habe ich allerdings meine Probleme. Die dafür vorgetragenen Argumente und die ergriffenen Maßnahmen erscheinen überwiegend stimmungsgetrieben, bedienen Wahlkampfrelexe.“



### **Jürgen Hambrecht, BASF-Chef von 2003 bis 2011**

„Die Industrie ist einer Meinung und steht voll hinter Herrn Löscher.“  
(Anm. d. Red.: Gemeint ist die Pro-Energiewende-Kampagne des Siemens-Chefs)



**Johannes Teyssen, E.On-Chef**

„Eine qualitative Bewertung der Energiewende ist entbehrlich. Aber wir müssen sie nun einmal begleiten. Ob die Energiewende gut oder schlecht ist, wird sich sowieso erst in frühestens einer Generation erweisen.“



**Martin Winterkorn, VW-Chef**

„Unser Ziel muss das Null-Emissionsfahrzeug sein, das mit Strom aus regenerativen Energiequellen angetrieben wird.“



**Hans-Peter Keitel, BDI-Präsident**

„Der BDI hat die Energiewende mitgetragen, dazu stehen wir. Es ist keine Frage, dass die sehr komplexen Zusammenhänge in einer globalisierten Volkswirtschaft gelegentlich Interessenlagen erzeugen, die schlicht nicht auflösbar sind.“ Keitel musste sich angesichts der unterschiedlichen Meinungen der Mitglieder des Bundesverbands der Deutschen Industrie von einer einheitlichen Position zur Energiefrage verabschieden.



**Jürgen Großmann, ehem. RWE-Vorstandschef**

„Wir brauchen die Kernkraftwerke nun einmal zur Grundlastversorgung der deutschen Industrie“, sagt der scheidende RWE-Vorstandsvorsitzende.



**Peter Terium, RWE-Vorstandschef (Großmann-Nachfolger)**

„Beim Thema Energiewende ist RWE Teil der Lösung.“



**Wolfgang Hummel, Chef des Zentrums für Solarmarktforschung**

"Die Energiewende schwächt das Energie-Oligopol von EnBW, RWE, E.on und Vattenfall. Volkswirtschaftlich wirkt dies wie eine kartellrechtlich erzwungene Entflechtung. Die Karten, beispielsweise bei Auftragsvergaben, werden neu gemischt. Dies führt - trotz steigender Kostenbelastung für Einige - zu neuen Chancen im Mittelstand."



**Maria-Elisabeth Schaeffler, Mit-Gesellschafterin der Schaeffler KG**

"Zunächst sorgt die Energiewende für deutlich steigende Betriebskosten für das Gros der deutschen Industrie. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass die Energiewende die globale Wettbewerbsfähigkeit vieler deutscher Industrieunternehmen signifikant unter Druck setzt. Gleichzeitig führt die Energiewende zu einer höheren Innovationsleistung im Energiesektor. Nachdem die Schaeffler Gruppe auch in diesem Bereich engagiert



ist, erschließen wir hier neue Geschäftsfelder. Kritisch sehe ich den Ausbau der Infrastruktur. Voraussetzung für die Versorgung, zum Beispiel mit Windstrom aus der Nordsee sind Leitungen, die es heute offensichtlich noch nicht gibt. Hier bestehen erhebliche Defizite – ebenso wie im Bereich Smart Grids und Speichertechnologien. Eine bezahlbare Energieversorgung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Zukunft des Industriestandorts Deutschland; das sollten wir uns in allen Debatten zur Energiewende stets vor Augen halten."

**Hannes Hesse, Hauptgeschäftsführer des VDMA**

„Wir sehen enorme Chancen. Die Energiewende ist ein Investitionsprogramm für den Maschinenbau. Die Strompreise sind für die meisten Mittelständler nicht so entscheidend, da wir keine Großverbraucher sind. Die Strompreise machen bei unseren Unternehmen im Durchschnitt ungefähr ein Prozent des Umsatzes aus.“



**Peter Willbrandt, Vorstandschef der Kupferhütte Aurubis**

"Einerseits bedeutet die Energiewende, auf die Deutschland nicht vorbereitet war, für uns als energieintensive Industrie ein Risiko, denn wir sind auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Das heißt, dass insbesondere Strom rund um die Uhr stabil zur Verfügung stehen muss. Auf der anderen Seite profitieren wir davon, denn die erneuerbaren Energien erfordern den



vermehrten Einsatz von Kupfer. Allein in einem Windrad sind es rund acht Tonnen – hinzu kommen die Kabel, die das Windrad an das Stromnetz anschließen. Müsste ich gewichten, würde ich die Risiken der Energiewende für Aurubis höher einschätzen als die Chancen."

**Hermann Albers, Präsident des Bundesverbandes WindEnergie**

„Das Argument der energieintensiven Unternehmen ist fadenscheinig. Diese Betriebe sind ohnehin längst von den diversen Steuern und Abgaben befreit. Zudem profitierten gerade diese Unternehmen durch einen niedrigen Börsenstrompreis von den Erneuerbaren Energien. Ich habe den Eindruck, dass sich die Gegner des Atomausstiegs wieder stärker fühlen.“



**Roland Koch, Vorstandschef Bilfinger Berger**

„Energie muss jederzeit ausreichend verfügbar, sicher und bezahlbar sein. Und sie soll von Jahr zu Jahr dank modernster Technik immer stärker umweltfreundlich produziert werden - da bieten sich für uns ausgezeichnete Perspektiven. Denn Bilfinger Berger ist ein führender Dienstleister der energieerzeugenden Industrie und treibt Entwicklung und Einsatz umweltfreundlicher Technik voran. Daher sind wir hoch motiviert und außerordentlich optimistisch.“



**Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des VCI**

„Die Versorgungssicherheit war in diesem Winter schon ziemlich fragil. Der Bund muss eine Stelle schaffen, die mittels eines Projektmanagements die Energiewende vorantreibt.“



**Bayer-Vorstandschef Marijn Dekkers**

„Wir bezahlen heute schon mit die höchsten Preise in Europa. Wenn diese Kosten durch die Energiewende mittelfristig noch einmal um zwanzig Prozent steigen, würde sich das Problem zusätzlich verschärfen.“



**Kasper Rorsted, Henkel-Vorstandschef**

„Die langfristige Ausrichtung auf erneuerbare Energien ist der richtige Schritt. Von der Politik erwarten wir vor allem, dass man sich auf getroffene Entscheidungen und deren Umsetzung verlassen kann. Ständig wechselnde Vorgaben oder Anforderungen, auf die sich die Wirtschaft dann einstellen muss, helfen auf diesem Weg nicht.“



**René Obermann, Vorstandschef Deutsche Telekom**

„Generell setzt die Deutsche Telekom auf umweltschonende, nachhaltige Energieerzeugung. Wir haben Strategien und Maßnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs und der CO2-Emissionen für den gesamten Konzern entwickelt. Das Thema ist komplex. Wir haben keinen einzelnen Stromanbieter. Wir beziehen den Deutschland-Mix mit rund 17 Prozent Ökostrom. Der Strom kommt hauptsächlich aus bestehenden Wasserkraftwerken, perspektivisch wollen wir den Ökostromanteil steigern. Hierfür beobachten wir Technologieentwicklungen wie die Brennstoffzelle, Blockheizkraftwerke und Geothermie.“



**Jochen Zeitz, Vorsitzender des Verwaltungsrats bei Puma und Mitglied der Stiftung 2 Grad**

"Die Abkehr von der nuklearen Energieversorgung ist grundsätzlich ein richtiger Schritt in Richtung einer sicheren und sauberen Energieversorgung, den wir als Zwei-Grad-Stiftung begrüßen. Die Politik alleine wird aber zu keinen schnellen und zukunftsweisenden Lösungen kommen, daher muss die Wirtschaft, müssen die Unternehmen beim Klimaschutz nun Tempo machen, damit die Energiewende auch gelingt. Wichtig ist, dafür auch die Menschen zu begeistern und aufzuzeigen, wie schon mit kleinen Verhaltensänderungen im Alltag ein Beitrag zur Energiewende und damit zu einer besseren Welt geleistet werden kann."



**Götz W. Werner, Gründer und Aufsichtsrat von dm-drogerie markt**

„Die Energiewende ist sinnvoll und notwendig. Wir müssen uns bei allem, was wir tun, die Frage stellen: Besteht die Möglichkeit zur Reversibilität? Risiken, und seien sie noch so gering, deren Folgen irreversibel sind - wie die in Fukushima -, dürfen wir nicht eingehen. Umgekehrt können wir sehr große Risiken eingehen, solange die Möglichkeit besteht, alles wieder rückgängig zu machen.“



**Michael Süß Siemens-Vorstand Energie**

„Die Energiewende wird kaum bis 2022 zu bewältigen sein. Aber ich bin überzeugt davon, dass es gut ausgehen wird. Deutschland läuft immer dann zur Höchstform auf, wenn es besonders eng wird.“

Es kann nicht sein, dass jeder Partikularinteressen verfolgt. Wir haben den Verband der Solarindustrie, den der Windindustrie, dann gibt es die großen Stromerzeuger und -verbraucher, und jeder verfolgt seine Interessen. Wir sollten uns wieder stärker den Fakten und den technischen Fragen zuwenden.“



**Kommentar:**

Es ist sehr deutlich zu erkennen, dass die Zustimmung zur Machbarkeit der Energiewende zunimmt, je geringer der erlernte Fachwissenstand auf dem Fachgebiet der elektrischen Energietechnik - einer Fachdisziplin an unseren Hochschulen ebenso wie z.B. Medizin, Jura oder Volkswirtschaft, bei den einzelnen Persönlichkeiten in ihrer Leitungsverantwortung ist.

Urteilsfähigkeit setzt aber doch umfassendes Sachwissen auf dem Sektor der sicheren und bezahlbaren Energieversorgung ebenso voraus, wie dies in den vorgenannten Wissenschaftssektoren Selbstverständlich zu sein scheint. Falls dem nicht so ist, sollte man die Lehrstühle für elektrische Energietechnik aus Effizienzgründen schließen.

Dass der energietechnische Sachverstand bei den parteipolitischen „Energieexperten“ nicht besonders ausgeprägt ist, lässt sich aus deren Lebensläufen deutlich erkennen.



Mit dem Ziel „Energiewende“ sind alle Parteien des deutschen Bundestages vorbehaltlos einverstanden. Was soll der Stromkunde denn glauben, wenn die Politiker aller Parteien und viele namhafte Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft und sogar Verantwortliche unserer Energieversorgungsunternehmen - die allerdings in aller Regel Banker, Volkswirte, Architekten, Lehrer oder Juristen, aber keine Elektrotechniker sind, - selbst verkünden, dass der Atomausstieg bis 2022 und die Energie-wendeziele zeitlich machbar seien.

Welcher technische Mehraufwand erforderlich ist und was das dann kostet, wird nicht thematisiert.

Das ist so, als wenn ein Elektrotechniker erklären würde, dass bis 2050 der Durchbruch zur Heilung aller Krebserkrankungen möglich sei.

Mit dem EEG hat der Gesetzgeber bereits über 15 Milliarden € jährliche Dauersubvention über 20 Jahre nicht reversibel zu Lasten aller nicht begünstigten Stromverbraucher festgeschrieben. Die dadurch initiierten Arbeitsplätze lassen ein Abschmelzen der Subventionsleistungen kaum noch zu, da die Wettbewerbswidrigkeit des dort erzeugten Stroms unverändert fortbesteht und der wettbewerbliche Stromabsatz der Produktion aus fluktuativen Produktionsangeboten und größtenteils auch aus Biomasse nach wie vor chancenlos ist. Die Hoffnung, dass sich diese Wettbewerbssituation in absehbarer Zeit verbessern könnte, ist aus fachlicher Sicht unbegründet.